



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 2. August 2013

**12690/1/13
REV 1 (de,el lv,mt,sl,sv)**

**PESC 942
CODUN 40
CONOP 96**

VERMERK

des Generalsekretariats des Rates

für die Delegationen

Nr. Vordok.: 5901/13

Betr.: Halbjährlicher Bericht über den Stand der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2013/I)

Die Delegationen erhalten als Anlage den Halbjährlichen Bericht über den Stand der Umsetzung der Strategie der Europäischen Union gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (2013/I) in der vom Rat (Auswärtige Angelegenheiten) auf seiner Tagung vom 22. Juli 2013 gebilligten Fassung.

**HALBJÄHRLICHER BERICHT ÜBER DEN STAND DER UMSETZUNG DER
STRATEGIE DER EUROPÄISCHEN UNION GEGEN DIE VERBREITUNG VON
MASSENVERNICKTUNGSWAFFEN (2013/I)**

EINLEITUNG

Gemäß der vom Europäischen Rat im Dezember 2003 verabschiedeten EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Dokument 15708/03) ist halbjährlich ein Bericht über den Stand der Umsetzung der Strategie vorzulegen. Der Bericht umfasst die Tätigkeiten während des ersten Halbjahres 2013.

Die folgenden Leitgrundsätze bestimmen nach wie vor das Handeln der Europäischen Union in diesem Bereich:

- i) das umfassende Ziel eines wirksamen Multilateralismus, einschließlich der Förderung der Universalität der internationalen Verträge, Übereinkommen und anderen Instrumente und deren Umsetzung auf nationaler Ebene im Einklang mit den Zielen der europäischen Sicherheitsstrategie, der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie mit den "Neuen Handlungslinien" (Dokument 17172/08);
- ii) die enge Zusammenarbeit mit Partnern und anderen Drittländern in dem Streben nach einer weltweiten Annäherung der Standpunkte im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Stärkung des internationalen Nichtverbreitungssystems. Ferner war die EU weiterhin bestrebt, in ihren bilateralen Beziehungen mit allen wichtigen Ländern – insbesondere bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs und bei eher informellen Kontakten – Nichtverbreitungsfragen zur Sprache zu bringen;
- iii) die wirksame und komplementäre Nutzung sämtlicher verfügbarer Instrumente und Finanzmittel (GASP-Haushalt, Stabilitätsinstrument sowie sonstige Instrumente), um den Maßnahmen der EU zur Verwirklichung der Ziele ihres auswärtigen Handelns größtmögliche Wirkung zu verleihen.

Die Hohe Vertreterin Catherine Ashton hat am 9. November 2012 die Ernennung von Jacek Bylica zum Hauptberater und Sondergesandten für Nichtverbreitung und Abrüstung bekanntgegeben. Der Sondergesandte hat seine Arbeit am 18. Februar 2013 aufgenommen und die EU seitdem bereits bei einer Reihe von wichtigen internationalen Tagungen vertreten (insbesondere im Vorbereitungsausschuss der NVV-Überprüfungskonferenz, bei der Überprüfungskonferenz zum Chemiewaffenübereinkommen, bei der hochrangigen Konferenz zur Sicherheitsinitiative zur Unterbindung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie bei den offenen Konsultationen über den Entwurf eines internationalen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten).

In den ersten Monaten seines Mandats hat der Sondergesandte folgende Schwerpunkte gesetzt:

- verstärkte Bemühungen um Unterstützung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, dem die Europäische Union nach wie vor höchsten Stellenwert beimisst, auch in Anbetracht der unmittelbaren Bedeutung dieses Vertrags für die großen regionalen Herausforderungen im Bereich der Proliferation bezüglich Iran und der Demokratischen Volksrepublik Korea. Die diesjährige Tagung des Vorbereitungsausschusses der NVV-Überprüfungskonferenz war davon überschattet, dass die in den Schlussdokumenten der Überprüfungskonferenz 2010 in Aussicht genommene Konferenz über die Schaffung einer von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen freien Zone im Nahen Osten im Jahr 2012 nicht einberufen wurde. Die Europäische Union hat die diesbezüglichen Bemühungen des finnischen Vermittlers unterstützt, unter anderem auch dadurch, dass sie mit Unterstützung des EU-Konsortiums für Nichtverbreitung informelle Seminare zur Förderung des Dialogs zwischen den betroffenen Parteien veranstaltet hat;
- Fortführung der Initiative zur Schaffung eines Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten im Namen internationalen Gemeinschaft. Der Sondergesandte hat zahlreiche bilaterale Outreach-Treffen mit wichtigen Partnern durchgeführt und die VN-Gruppe von Regierungssachverständigen in ihrer Sitzung vom 2. April 2013 in Genf über Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen im Weltraum unterrichtet. Er leitete die erste Runde der offenen Konsultationen zu dem Entwurf eines Kodex, die am 16./17. Mai 2013 in Kiew stattfand und bei der etwa 140 Vertreter aus 61 Ländern zusammenkamen;

- Intensivierung/Aufnahme des Dialogs zum Thema Nichtverbreitung mit wichtigen Partnern außerhalb der Europäischen Union. Die EU hat ihre enge Zusammenarbeit mit Partnern und anderen Drittländern fortgeführt und dabei auf eine weltweite Annäherung der Standpunkte bezüglich der Notwendigkeit der Stärkung des internationalen Nichtverbreitungssystems hingewirkt. Ferner war die EU weiterhin bestrebt, in ihren bilateralen Beziehungen mit allen wichtigen Ländern – insbesondere bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs und bei eher informellen Kontakten – Nichtverbreitungsfragen zur Sprache zu bringen.

Dabei hat die EU weiterhin darauf hingewirkt, sämtliche verfügbaren Instrumente und Finanzmittel (GASP-Haushalt, Stabilitätsinstrument sowie sonstige Instrumente) auf wirksame und komplementäre Weise einzusetzen, um den Maßnahmen der EU zur Unterstützung von internationalen Organisationen und Drittländern größtmögliche Wirkung zu verleihen.

1. NUKLEARFRAGEN

Die Gruppe "Nichtverbreitung" hat aktiv bei der Ausarbeitung der von der EU auf den Tagungen des Gouverneursrats der IAEA im März und im Juni 2013 zu vertretenden Standpunkte mitgewirkt. Ferner hat sie über die Beiträge der EU für den Vorbereitungsausschuss für die NVV-Überprüfungskonferenz (April-Mai 2013), die Tagungen auf Expertenebene und die Plenartagung der Globalen Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus (GICNT), die Sitzung der Beratenden Gruppe und die Plenartagung im Rahmen des Trägertechnologiekontrollregimes, die Sitzungen der CTBTO-Arbeitsgruppe und der CTBTO-Vorbereitungskommission sowie für andere wichtige Tagungen und Konferenzen im Nuklearbereich beraten und die Beiträge ausgearbeitet. Sie hat die Durchführung der "Neuen Handlungslinien der EU im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme" fortgesetzt und über verschiedene in diesem Bereich geplante Maßnahmen, unter anderem auf dem Gebiet der konsularischen Sorgfaltspflicht ("consular vigilance"), beraten; zudem hat sie Leitlinien des Rates ausgearbeitet, durch die sichergestellt werden soll, dass die Beratungen in den Bereichen fortgeführt werden, in denen noch weitere Fortschritte erforderlich sind.

1.1 Maßnahmen im Anschluss an die Konferenz von 2010 zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags (NVV)

Die EU hat aktiv an der Tagung des Vorbereitungsausschusses (PrepCom) für die NVV-Überprüfungskonferenz, die vom 22. April bis 3. Mai 2013 in Genf stattfand, teilgenommen und über die Maßnahmen berichtet, die sie zur Umsetzung des auf der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 angenommenen Aktionsplans, einschließlich der zum Nahen Osten getroffenen Vereinbarungen, ergriffen hat. Botschafter Cornel Feruta, politischer Direktor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Rumäniens, hat auf der Tagung erfolgreich den Vorsitz geführt. Die EU hat eine allgemeine Erklärung und drei Cluster-Erklärungen zur Debatte beigesteuert und in den themenbezogenen Beratungen zum Nahen Osten und zu Artikel X/Rücktritt vom Vertrag zwei Mal Stellung genommen. Sie hat ein Arbeitspapier "Priority issues for discussion and progress with regard to the implementation of the NPT 2010 Review Conference conclusions and recommendations for follow-on actions (2010 Action Plan)" vorgelegt und eine gut besuchte Nebenveranstaltung mit dem Thema "Regional Nuclear Material accountancy and Control mechanisms, the European model (EURA-TOM)" durchgeführt. In der Zusammenfassung des Vorsitzes werden die Standpunkte der EU zum Ausdruck gebracht, und die Problematik der Nichteinhaltung im Zusammenhang mit der Demokratischen Volksrepublik Korea, Iran und Syrien, eine der Prioritäten der EU, besonders herausgestellt. Wie vorausgesehen, hat die Frage der Konferenz über die Schaffung einer von Kernwaffen freien Zone im Nahen Osten die Beratungen während der gesamten Tagung sehr stark dominiert. Die EU hat ihre nachdrückliche Unterstützung für den für diese Konferenz zuständigen Moderator deutlich gemacht und ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Konferenz so rasch wie möglich in diesem Jahr einberufen wird.

1.2 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die Europäische Union hat ihre Unterstützung der IAEO in Wien ausgeweitet. Mit über 31 Mio. EUR, die seit 2004 bereitgestellt wurden, ist die EU nach wie vor einer der wichtigsten Geber des IAEO-Fonds für nukleare Sicherung. Es wurden Beratungen über eine eventuelle Aufstockung des EU-Beitrags aufgenommen. Auf dem Gebiet der nuklearen Sicherung hat die Europäische Union außerdem mit ihrer technischen Expertise zu den von der IAEO veranstalteten

Schulungsmaßnahmen und Seminaren beigetragen, die an Drittländer gerichtet waren und darauf abzielten, die Fähigkeiten dieser Länder zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Kernmaterial und sonstigen radioaktiven Stoffen zu verbessern. Die EU und die IAEA haben ihre Unterstützung von Drittländern in diesem Bereich weiterhin aufeinander abgestimmt. Das erste jährlich Treffen hoher Beamter der EU und der IAEA, an dem hochrangige Vertreter des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der Europäischen Kommission/von Euratom und der IAEA teilgenommen haben, hat am 25. Januar 2013 in Brüssel mit dem Ziel stattgefunden, die Zusammenarbeit in anderen Tätigkeitsfeldern der IAEA zu vertiefen, die öffentliche Wahrnehmung der Beiträge der EU zu verbessern und insbesondere im Bereich der nuklearen Sicherung weiterhin die Maßnahmen zu koordinieren, um bei den von den CBRN-Kompetenzzentren der EU und den von der IAEA durchgeführten Maßnahmen für Komplementarität zu sorgen und Überschneidungen zu vermeiden und aus der Komplementarität ihrer Maßnahmen Nutzen zu ziehen (die EU und die IAEA haben hierfür praktische Vorkehrungen vereinbart, die als Leitlinien für ihre Zusammenarbeit dienen sollen).

Die EU hat sich im Jahr 2008 im Wege von Schlussfolgerungen des Rates verpflichtet, bis zu 25 Mio. EUR zu der Bank für niedrig angereichertes Uran (LEU) unter der Ägide der IAEA beizutragen. Die EU hat mit 20 Mio. EUR aus dem Stabilitätsinstrument zur Unterstützung der LEU-Bank beigetragen. Ein weiterer Beitrag soll auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses aus dem GSVP-Haushalt geleistet werden. Die Billigung dieses Beschlusses durch den Rat hängt von den Fortschritten ab, die zwischen der IAEA und dem Sitzland der LEU-Bank, Kasachstan, erzielt werden.

Darüber hinaus führt die für nukleare Sicherungsmaßnahmen zuständige Direktion der Kommission weiterhin nukleare Sicherungsmaßnahmen für das gesamte zivil genutzte Kernmaterial in allen 27 EU-Mitgliedstaaten durch. Die Europäische Kommission arbeitet hierbei eng mit der IAEA zusammen. Sie verfügt hierfür über eine jährliche Mittelausstattung von etwa 20 Mio. EUR. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage planen die IAEA und die Kommission, ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherungsmaßnahmen für Kernmaterial zu vertiefen, um unter Wahrung der Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen die personellen und finanziellen Ressourcen optimal nutzen zu können.

Die EU hat zudem 5 Mio. EUR zur Unterstützung eines internationalen Projekts zugesagt, das die Erweiterung und Modernisierung des Analytischen Labors der IAEA-Abteilung für Sicherungsmaßnahmen in Seibersdorf (Österreich) zum Ziel hat (im Dezember 2011 wurden hiervon bereits 4,75 Mio. EUR ausgezahlt). Ein weiterer Beitrag in Höhe von 5 Mio. EUR wurde zugesagt (wovon im Dezember 2012 bereits 4,75 Millionen ausgezahlt wurden).

Die EU hat zudem im Rahmen des Programms für gemeinsame Unterstützung der Europäischen Kommission weiterhin in großem Umfang technische Unterstützung für die Arbeit der IAEA auf dem Gebiet der nuklearen Sicherungsmaßnahmen geleistet. Die EU hat die verschiedenen ihr zur Verfügung stehenden Instrumente dazu genutzt, in Drittländern eine sichere Umsetzung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik zu ermöglichen, und dabei unter anderem auch auf die Hilfe der IAEA zurückgegriffen, mit der sie im übrigen gemeinsam an weiteren Projekten arbeitet.

In Zusammenarbeit mit der IAEA hat die Europäische Kommission auf Expertenebene eine Evaluierung der IAEA-Datenbank über den illegalen Handel (ITDB) eingeleitet, um zu ermitteln, inwieweit die Datenbank den Bedürfnissen der Anwender gerecht wird. Das Ergebnis dieses von der Kommission finanzierten Projekts wird 2013 vorliegen.

Mit den EU-Finanzmitteln, die der IAEA im Rahmen der Gemeinsamen Aktionen I bis IV und des Beschlusses des Rates V zur Verfügung gestellt wurden, konnten die Bemühungen der IAEA durch Sensibilisierungsmaßnahmen und durch die Schaffung eines besseren Verständnisses für die Problematik der nuklearen Sicherung und ihre zahlreichen Teilaufgaben unterstützt werden. Vorrang hatten hierbei Staaten, bei denen es erforderlich war, den Bestand an Kernmaterial und radioaktiven Stoffen, die Mittel für die Bestandskontrolle und die Möglichkeiten zur Minderung der damit verbundenen Gefahren zu ermitteln. Die Anstrengungen wurden auf spezielle Bereiche konzentriert, nämlich auf die Verbesserung der Rechts- und Verwaltungsstrukturen von Staaten im Zusammenhang mit Kernmaterial und anderen radioaktiven Stoffen, um diese Staaten in die Lage zu versetzen, ihren nationalen und internationalen Verpflichtungen nachzukommen, auf den Ausbau von Maßnahmen zur nuklearen Sicherung von genutztem Kernmaterial und anderem genutztem radioaktivem Material sowie zur nuklearen Sicherung von Lagerung und Transport und den dafür genutzten Einrichtungen und Mitteln und auf die Verbesserung der Fähigkeit der Staaten, Kernmaterial und radioaktives Material, das nicht der nationalen Verwaltungskontrolle unterliegt,

zu kontrollieren. Die EU-Mittel wurden zugewiesen, um auf den wachsenden Bedarf an einer verschärften Kontrolle von Kernmaterial und radioaktivem Material zu reagieren und dem wachsenden Aufklärungsbedarf in der Frage Rechnung zu tragen, wie Strategien und Verfahren durchzuführen sind, damit wirksame nukleare Sicherungsmaßnahmen zur Anwendung kommen. Bei jeder Gemeinsamen Aktion wurde der geographische Anwendungsbereich um jeweils eine Region erweitert, so dass der Anwendungsbereich der Gemeinsamen Aktion IV der EU von 2008 Zentralasien, Südosteuropa, Afrika, den Nahen Osten und Südostasien umfasst. Mit Beschluss V des Rates wurde der geografische Anwendungsbereich des Programms auf die Golfstaaten, Südamerika, die Karibik und Mittelamerika erweitert, so dass nun 126 Staaten weltweit für eine finanzielle Unterstützung in Betracht kommen.

1.3 Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT)

Gestützt auf die einschlägigen Beschlüsse des Rates¹ zur Unterstützung der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) hat die Europäische Union sich aktiv für ein rasches Inkrafttreten des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) eingesetzt und in diesem Sinne Outreach-Maßnahmen durchgeführt, die sich an alle Staaten richteten, die den CTBT noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, einschließlich der verbleibenden Anhang-II-Staaten, die den Vertrag noch ratifizieren müssen, damit er in Kraft treten kann. Auf der Grundlage ihrer aktualisierten internen Leitlinien zur Unterstützung des Inkrafttretens des CTBT wird die EU weiterhin in unterschiedlichem Kontext, so unter anderem bei Treffen im Rahmen des politischen Dialogs, für die Belange des CTBT eintreten, um weitere Impulse für die Ratifizierung des Vertrags zu geben.

Der von der Demokratischen Volksrepublik Korea am 12. Februar 2013 durchgeführte Nuklearversuch hat die tatsächliche Bedeutung des Netzes von Messstationen der CTBTO deutlich vor Augen geführt; dieses Netz gehört zu den Projekten, die von der EU im Rahmen entsprechender Beschlüsse des Rates gefördert werden. Es wurden CTBTO-Teams eingesetzt, um alle Staaten, die den CTBT unterzeichnet haben, mit relevanten aktuellen Daten für die Entscheidungsträger zu versorgen. Der Nuklearversuch hat zudem verdeutlicht, wie wichtig es ist, Übungen durchzuführen,

¹ Beschluss 2010/461/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 und Beschluss 2012/699/GASP des Rates vom 13. November 2012.

wie beispielsweise die Integrierte Feldübung, die 2014 in Jordanien stattfinden soll, um die realen Detektionssysteme zu testen und zu verbessern. Die Maßnahmen zur Instandhaltung der 321 seismologischen Hilfsstationen, die aus den Gemeinsamen Aktionen I bis V unterstützt werden, und die Realisierung des Internationalen Datenzentrums der CTBTO, das die von dem Stationsnetz übermittelten Daten sammelt, auswertet und weiterleitet, werden zu der erforderlichen langfristigen Stabilität des Systems beitragen.

1.4 Regionale Fragen (Iran, Demokratische Volksrepublik Korea)

Die EU hat sich weiterhin umfassend für die laufenden Bemühungen eingesetzt, die darauf abzielen, auf der Grundlage des Nichtverbreitungsvertrags und der uneingeschränkten Umsetzung aller einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats und des IAEA-Gouverneursrats auf dem Verhandlungsweg zu einer diplomatischen Lösung in der iranischen Nuklearfrage zu gelangen. Die EU hat Iran dringend aufgefordert, konkrete praktische Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, Vertrauen in den ausschließlich friedlichen Charakter des iranischen Nuklearprogramms herzustellen, und alle seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, um die diesbezüglichen ernsten Sorgen der internationalen Gemeinschaft auszuräumen. Bei zwei Gesprächsrunden im Februar und April 2013 in Almaty hat sich die Hohe Vertreterin der EU gemeinsam mit den E3+3 weiterhin darum bemüht, mit Iran inhaltliche Gespräche über einen konkreten Vorschlag zu einer ersten Phase vertrauensbildender Maßnahmen aufzunehmen. Ergänzend hat im März 2013 in Istanbul im E3+3-Rahmen ein Treffen mit Iran auf Fachexperten-Ebene stattgefunden, bei dem weitere fachliche Einzelheiten zu dem Vorschlag für vertrauensbildenden Maßnahmen vermittelt werden sollten, der Iran bei der ersten Gesprächsrunde in Almaty vorgelegt worden war. Bislang hat Iran keine klare Absicht erkennen lassen, substantiellen vertrauensbildenden Maßnahmen zuzustimmen, die auf dem in Almaty vorgelegten Vorschlag zur Vertrauensbildung basieren und auf die vordringlichsten Bedenken in Bezug auf das iranische Nuklearprogramm eingehen würden. Die von der IAEA gemeldete laufende Ausweitung der sicherheitskritischen nukleartechnischen

Aktivitäten Irans verstärkt die internationale Besorgnis nur noch mehr. Zudem besteht weiterhin ernste Besorgnis angesichts der Tatsache, dass aufgrund der seit über eineinhalb Jahren festzustellenden mangelnden Kooperationsbereitschaft Irans keinerlei Fortschritte bei den Bemühungen der IAEA zur Lösung der noch offenen Fragen erzielt wurden, zu denen unter anderem die Frage einer möglichen militärischen Dimension des iranischen Nuklearprogramms gehört, und dass keine Einigung über ein "Strukturpapier" erzielt wurde, in dem das weitere Vorgehen zur Klärung dieser Fragen umrissen werden sollte. Iran widersetzt sich somit weiterhin den Forderungen der am 13. September 2012 mit überwältigender Mehrheit angenommen Resolution des IAEA-Gouverneursrats.

Die EU hat die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) weiter eindringlich aufgefordert, ihren sich aus den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ergebenden Verpflichtungen nachzukommen, und zwar unter anderem dadurch, dass sie alle ihre bestehenden Nuklearprogramme und Programme für ballistische Raketen vollständig, überprüfbar und auf unumkehrbare Weise einstellt. Die EU hat den von der DVRK am 12. Februar 2013 durchgeföhrten Nuklearversuch scharf verurteilt, der einen eindeutigen Verstoß gegen die sich für die DVRK aus den Resolutionen 1718, 1874 und 2087 des VN-Sicherheitsrats ergebenden internationalen Verpflichtungen darstellt und zur Annahme der Resolution 2094 des VN-Sicherheitsrats geföhrt hat. Die EU hat die DVRK weiter dazu aufgefordert, den Nichtverbreitungsvertrag und die Verpflichtungen im Rahmen der IAEA-Sicherungsmaßnahmen wieder uneingeschränkt einzuhalten und der IAEA den geforderten Zugang zu Personen, Dokumenten, Ausrüstungen und Einrichtungen zu gewähren. Die EU hat sich kontinuierlich für eine Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche eingesetzt und die DVRK zur Rückkehr zu glaubwürdigen echten internationalen Verhandlungen aufgefordert. Die EU hat neben der Umsetzung der Resolutionen des VN-Sicherheitsrats ergänzend autonome restriktive Maßnahmen erlassen, die verschärfte Kontrollen bei Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und in Bezug auf die Proliferation von konventionellen Waffen einschließen. Sie hat erneut an die DVRK appelliert, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) zu ratifizieren und von weiteren Provokationen abzusehen.

2. GENFER ABRÜSTUNGSKONFERENZ (CD) / VERTRAG ÜBER DAS VERBOT DER PRODUKTION VON SPALTMATERIAL FÜR KERNWAFFEN ODER ANDERE KERNSPRENGKÖRPER

Für die Europäische Union bleiben die sofortige Aufnahme und der baldige Abschluss von Verhandlungen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über einen Vertrag über das Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper auf der Grundlage von Dokument CD/1299 und das darin enthaltene Mandat eindeutig eine Priorität. Ein solcher Vertrag ist im Bereich der nuklearen Abrüstung als Ergänzung zum NVV und zum CTBT dringend erforderlich.

Nationale Sicherheitsanliegen sind zwar berechtigt, können und sollten jedoch als Teil des Verhandlungsprozesses verstanden und nicht als Vorbedingung gestellt werden. Vertrauensbildende Maßnahmen könnten sofort ergriffen werden, da keine Notwendigkeit besteht, bis zur Aufnahme der formellen Verhandlungen zu warten. In Erwartung der Verhandlungen und des Inkrafttretens des Vertrags appelliert die Europäische Union an alle betroffenen Staaten, ein sofortiges Moratorium zur Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörpern zu verkünden und einzuhalten.

Die Europäische Union bekräftigt ihre Entschlossenheit, in inhaltliche Gespräche über alle anderen in Dokument CD/1864 aufgeführten Hauptthemen einzutreten, nämlich über konkrete Maßnahmen im Hinblick auf eine schrittweise und systematische Verringerung der Anzahl der Kernwaffen mit dem Ziel, diese Waffen letztendlich zu beseitigen, wozu auch Konzepte für die mögliche künftige Arbeit mit multilateralem Charakter gehören, über sämtliche Anliegen im Zusammenhang mit der Verhütung eines Rüstungswettkaufs im Weltraum sowie über wirksame internationale Regelungen, um alle Staaten, die nicht über Kernwaffen verfügen, gegen den Einsatz oder den angedrohten Einsatz von Kernwaffen zu schützen, sowie über weitere Themen.

Die Europäische Union bekräftigt das langjährige Engagement ihrer Mitgliedstaaten für eine Erweiterung der Abrüstungskonferenz und sieht einem verbesserten Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Abrüstungskonferenz mit Interesse entgegen.

Sie ist tief besorgt angesichts der anhaltenden Funktionsstörung eines entscheidenden Teils des Abrüstungsmechanismus: Die Abrüstungskonferenz befindet sich nach wie vor in einer Sackgasse. Die Europäische Union tritt weiterhin mit Nachdruck für die Abrüstungskonferenz ein, da es sich dabei um das einzige multilaterale Forum der internationalen Gemeinschaft für Abrüstungsverhandlungen handelt. Sie ist bereit, in einen konstruktiven Dialog mit allen Partnern einzutreten, um der Abrüstungskonferenz neue Impulse zu geben und entsprechend dem Mandat der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit den inhaltlichen Beratungen zu beginnen.

3. CHEMISCHE WAFFEN

Die Europäische Union hat aktiv bei der dritten Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen über das Verbot von Chemiewaffen (CWÜ) mitgewirkt, die vom 8. bis 19. April 2013 in Den Haag stattfand. Es wurde eine Erklärung der EU abgegeben, und durch aktive Koordinierung der EU-Delegationen vor Ort unter irischem Vorsitz konnten die EU-Ziele vorangebracht werden. Auf der Überprüfungskonferenz wurde im Konsens ein Bericht verabschiedet, der sich unter anderem mit folgenden Themen befasst, die für die EU Priorität haben²: i) die Vernichtung der vorhandenen Bestände muss zum Abschluss gebracht werden, ii) die Universalität des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) muss gefördert werden (acht Staaten sind noch nicht beigetreten), iii) der Schwerpunkt muss auf Nichtverbreitung gelegt werden, iv) im Einklang mit Artikel XI muss der Aufbau von Kapazitäten in Bezug auf die Sicherheits- und Schutzvorkehrungen in der chemischen Industrie in Entwicklungsländern gefördert werden und gemäß Artikel X müssen Maßnahmen gegen den Einsatz chemischer Waffen gefördert werden. Eine Reihe von EU-Staaten und Staaten der WEOG (Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten) haben jedoch auch ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass es auf der Überprüfungskonferenz nicht gelungen ist, zum Thema Syrien eine härtere Tonart anzuschlagen und stärker auf die Umsetzung auf nationaler Ebene zu pochen.

Die Europäische Union hat zudem eine erfolgreiche Nebenveranstaltung über die Zusammenarbeit mit der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und das weitere Vorgehen durchgeführt.

Hinsichtlich der Durchführung der finanziellen Unterstützung durch die EU ist festzuhalten, dass alle Länder, denen finanzielle Unterstützung gewährt wurde, diese Mittel eingesetzt haben, um kritische technische Lücken zu füllen, wodurch sie bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung des CWÜ auf nationaler Ebene erzielen konnten. Da einzig die EU finanzielle Unterstützung für

² Siehe Beschluss 2012/166/GASP des Rates vom 23. März 2012 und Beschluss 2012/712/GASP des Rates vom 19. November 2012.

Maßnahmen dieser Art leistet, bilden die Gemeinsamen Aktionen/Beschlüsse des Rates weiterhin die einzige Möglichkeit, um mit Zuschüssen Umsetzungsdefizite zu beseitigen. Von den vom Technischen Sekretariat durchgeführten 90 Unterprojekten zur Umsetzung auf nationaler Ebene hätte etwa die Hälfte ohne die Mittel aus den Gemeinsamen Maßnahmen/Beschlüssen des Rates nicht durchgeführt werden können.

Zum Thema Universalität wurden im März 2013 Leitgedanken und konkrete Vorgaben in Bezug auf die Maßnahmen der EU zur Förderung der Universalität und der Umsetzung des CWÜ auf nationaler Ebene verabschiedet, die für die nächste Zeit die Grundlage für die Arbeit in diesem Bereich bilden. In diesem Zusammenhang hat die EU Demarchen bei den Regierungen von Angola, Ägypten, Israel, Myanmar, der Demokratischen Volksrepublik Korea, Somalia und Südsudan unternommen und dabei an diese sieben Länder appelliert, dem CWÜ so rasch wie möglich beizutreten. Somalia hat am 29. März 2013 die Urkunde über seinen Beitritt zum CWÜ beim VN-Generalsekretär hinterlegt. Dreißig Tage später ist das Übereinkommen für Somalia in Kraft getreten, damit ist das Land der 189. Vertragsstaat des CWÜ.

Seit die erste Gemeinsame Aktion verabschiedet wurde, sind neunzehn Länder dem Übereinkommen beigetreten, und die Hälfte der Länder, die 2005 dem Übereinkommen beigetreten sind (vier von acht Ländern), hat an einer im Rahmen einer Gemeinsamen Aktion/eines Ratsbeschlusses finanzierte Outreach-Maßnahme teilgenommen; dies war der Fall bei allen Ländern, die dem Übereinkommen in den Folgejahren beigetreten sind.

4. BIOLOGISCHE WAFFEN

Im Anschluss an die Siebte Überprüfungskonferenz des B-Waffen-Übereinkommens (BWÜ), die im Dezember 2011 in Genf stattfand, hat die EU konstruktiv bei dem intersessionalen Prozess mitgewirkt, indem sie zu folgenden Themen Erklärungen abgab und Arbeitsunterlagen vorlegte: 1) internationale Zusammenarbeit und Hilfe; 2) Förderung der Umsetzung auf nationaler Ebene, 3) Aufbau von Kapazitäten im Bereich der biologischen Sicherheit. Zusätzlich zu der Nebenveranstaltung am Rande der Tagung der Vertragsstaaten im Dezember 2012, die der Propagierung des Beschlusses 2012/421/GASP des Rates diente, veranstaltete die Gruppe für die Unterstützung der Durchführung (Implementation Support Unit) des BWÜ im Juni 2013 einen Workshop in Genf, bei dem Experten der EU mit begünstigten Ländern bewährte Verfahren und geeignete Vorbereitungen für Hilfsmaßnahmen erörterten.

Generell hat die Unterstützung durch die EU bewirkt, dass nationale und regionale Interessensträger bei Workshops zusammenkommen konnten, ferner wurden Entsendungen zur technischen Unterstützung durchgeführt, mehrere Vertragsstaaten nahmen erste CBM-Meldungen vor, Anleitungen wurden ausgearbeitet, und mit einigen Staaten, die dem Übereinkommen noch nicht beigetreten sind, und mit einigen anderen Staaten wurde Kontakt aufgenommen. Bei Personen, die in den betroffenen Ländern beruflich mit dem BWÜ befasst sind, konnten Kenntnisstand und Sensibilisierungsgrad in Bezug auf das BWÜ und seine Mechanismen bedeutend verbessert werden, was aus den sehr positiven Rückmeldungen seitens der Workshop-Teilnehmer hervorgeht. Zudem wurde der regionale Ansatz sehr positiv bewertet, da hierdurch die Grundlage für eine verstärkte regionale Vernetzung und für das Zusammenwirken mit regionalen Organisationen gelegt wurde. Regionale Organisationen wurden aktiv in die Workshops einbezogen und haben Interesse an einer künftigen Zusammenarbeit bei künftigen Maßnahmen bekundet. Bei den Entsendungen zur technischen Unterstützung wurden die Ziele erreicht, unabhängig davon, ob dabei die Sensibilisierung nationaler Interessensträger, der Aufbau nationaler Netzwerke oder speziellere Aspekte der nationalen Umsetzung wie Rechtsvorschriften oder die VBM-Meldungen im Vordergrund standen.

Mit den Maßnahmen der Europäischen Union werden unter anderem folgende Ziele verfolgt: verstärkter BWÜ-Beitritt in allen geographischen Regionen, verbessertes Verständnis für das BWÜ bei den zuständigen nationalen Behörden und/oder verstärkte subregionale Vernetzung, um darauf hinzuwirken, dass mehr Staaten dem BWÜ beitreten, sowie die Förderung der freiwilligen Umsetzung des BWÜ durch Staaten vor der Ratifizierung bzw. vor ihrem Beitritt zu dem Übereinkommen. Die Zahl der Staaten, die sich durch das Übereinkommen und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen gebunden haben, ist gestiegen. In dem Zeitraum von 2009 bis 2013 sind vier Staaten dem Übereinkommen beigetreten. Mit mehreren weiteren Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika, die dem Übereinkommen noch nicht beigetreten sind, wurden Kommunikationskanäle aufgebaut, wodurch die Grundlage für weitere Maßnahmen geschaffen wurde.

Die im Rahmen der Aktion der EU durchgeführten Maßnahmen hatten ferner die vermehrte Benennung von nationalen Kontaktstellen für die VBM-Meldungen, die Schaffung oder Verbesserung nationaler Mechanismen für die Erhebung und Zusammenstellung der für die VBM-Meldungen erforderlichen Informationen, die regelmäßige Übermittlung von VBM-Meldungen, die Verbesserung der technischen/ elektronischen Hilfsmittel zur Übermittlung der VBM-Meldungen sowie die Sicherheit und Pflege der VBM-Website zum Ziel. Während des gesamten Umsetzungszeitraums der EU-Aktion (2009 bis 2011) übermittelten zehn Vertragsstaaten ihre ersten VBM-Meldungen. Davon erhielten drei Unterstützung für die Durchführung von VBM-Meldungen, zwei veranstalteten Workshops, die mit Unterstützung der EU durchgeführt wurden, und vier erhielten finanzielle Unterstützung für die Teilnahme an im Rahmen der Gemeinsamen Aktion der EU veranstalteten Workshops. Die mit EU-Unterstützung erstellte VBM-Anleitungs Broschüre erleichterte die VBM-Meldungen; für die Jahre 2010 und 2011 erreichte die Zahl der VBM-Meldungen ihren jeweiligen Höchststand.

5. TRÄGERSYSTEME

Die EU hat den Haager Verhaltenskodex gegen die Proliferation ballistischer Raketen (HCoC) von Anfang an nachdrücklich unterstützt und betrachtet den Kodex als ein wichtiges multilaterales Instrument zur Eindämmung der Verbreitung ballistischer Raketensysteme und verwandter Technologien durch Transparenz und vertrauensbildende Maßnahmen. Alle Mitgliedstaaten der EU haben den Kodex unterzeichnet. Die EU hat weiterhin die folgenden drei Aspekte des Kodex verfolgt und unterstützt: die weltweite Anwendung, die Umsetzung und die Verbesserung des Kodex und seiner Funktionsweise.

Gestützt auf den Beschluss 2012/423/GASP des Rates zur Unterstützung des HCoC und der Nichtverbreitung ballistischer Raketen ganz generell hat die Europäische Union am 15. Januar 2013 eine Gedenkkonferenz in Wien veranstaltet, auf der der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung des HCoC begangen wurde. Die Europäische Union hat am 31. Mai 2013 am Rande der ordentlichen Jahrestagung des HCoC eine Outreach-Veranstaltung in Wien zur Unterstützung des Kodex durchgeführt.

Es wurden große Anstrengungen unternommen, um die Außenwirkung der EU sicherzustellen, einschließlich der viel beachteten Teilnahme des EU-Delegationsleiters sowie deutlicher Hinweise auf die von der EU bereitgestellten Finanzmittel, worauf beinahe alle Redner eingingen. Innovative Elemente wurden dadurch eingebracht, dass ein Live-Streaming der Veranstaltung erfolgte und Diskussionen im Internet dazu geführt wurden. Im Hinblick auf die weitere Durchführung des Beschlusses des Rates plant die Fondation pour la Recherche Stratégique (FRS) (Stiftung für strategische Forschung) Anfang September eine Sensibilisierungsveranstaltung in Paris, eine Outreach-Veranstaltung Ende August oder Anfang September in Genf und eine weitere Mitte Oktober in New York sowie ein regionales Seminar Ende September in Jakarta und ein weiteres Mitte Dezember in Abu Dhabi.

6. EINDÄMMUNG DER CBRN-RISIKEN

Die Europäische Union hat weitere Fortschritte bei der Durchführung des CBRN-Aktionsplans der EU (zur Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Risiken) erzielt, der 2009 angenommen wurde und durch das Programm für Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung (ISEC) unterstützt wird. Zur Koordinierung der Durchführung des CBRN-Aktionsplans der EU arbeitet die Kommission im Rahmen einer Beratungsgruppe für Fragen der CBRN-Sicherung mit den Mitgliedstaaten zusammen. Zum Zwecke der Maximierung der Synergien bei der Durchführung des CBRN-Aktionsplans und der Durchführung des EU-Aktionsplans zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Explosivstoffe werden gegenwärtig gemeinsame Strukturen geschaffen.

Zu den im Rahmen des CBNR-Aktionsplans durchgeführten Maßnahmen gehört unter anderem die Einrichtung eines Europäischen Ausbildungszentrums für nukleare Sicherheit (EUSECTRA), das am 18. April 2013 in Karlsruhe eröffnet wurde.

Darüber hinaus hat die Kommission im Rahmen des Projekts ITRAP+10 damit begonnen, Technologien zur Detektion von radioaktiven Stoffen zu bewerten und zu verbessern; ferner führt

sie derzeit eine Analyse der bestehenden Instrumente zur Entwicklung von Modellen zur Freisetzung und Ausbreitung von Radioaktivität durch und prüft die Entwicklung eines auf virtueller Realität basierenden Schulungstools für Ersthelfer im Bereich der Abwehr radiologischer Gefahren. Außerdem plant die Kommission, ihre Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Laboranalyse von radioaktiven Stoffen auszuweiten. Außerdem werden derzeit Studien durchgeführt, mittels derer der Stand bei der Umsetzung des IAEA-Verhaltenskodex für die Sicherheit und die Sicherung radioaktiver Strahlenquellen und der Sachstand bezüglich radioaktiver Quellen, die sich in den EU-Mitgliedstaaten außerhalb behördlicher Kontrolle befinden, ermittelt werden soll.

Die aus dem Stabilitätsinstrument finanzierte Initiative zur Einrichtung von "CBRN-Kompetenzzentren" wurde im Mai 2010 von der EU eingeleitet. Die CBRN-Kompetenzzentren der EU werden eingerichtet, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass mehrere Länder nicht über ausreichende institutionelle Kapazitäten verfügen, um die CBRN-Risiken einzudämmen. Zu diesen Risiken zählen kriminelle Handlungen (Verbreitung von CBRN-Material oder Terrorismus), Naturkatastrophen (Zoonosen und Seuchen) und unfallbedingte Katastrophen (Industrieunfälle). Ziel der Kompetenzzentren ist die Entwicklung einer alle Risiken berücksichtigenden CBRN-Strategie auf nationaler und regionaler Ebene, die es erlaubt, alle drohenden Gefahren zu antizipieren und darauf zu reagieren. Kurz gesagt handelt es sich hierbei um strukturelle Maßnahmen, die zum Ziel haben, die Länder weniger anfällig für CBRN-Ereignisse zu machen, was im beiderseitigen Sicherheitsinteresse sowohl der Regionen als auch der EU ist.

Dieses Ziel kann dadurch erreicht werden, dass die Einrichtung regionaler Experten-Netzwerke gefördert wird, die über Expertise in Rechts- und Durchführungsfragen, in technischen Fragen sowie in Fragen der Überwachung und Kontrolle im Zusammenhang mit der Eindämmung von CBRN-Risiken verfügen.

Sechs regionale Zentren werden derzeit eingerichtet bzw. haben bereits die Arbeit aufgenommen, und zwar 1. in Nordafrika (Algier), 2. an der Atlantikfront Afrikas (Rabat), 3. im Nahen Osten (Amman), 4. in Südosteuropa - Südkaufkasus - Republik Moldau - Ukraine (Tbilissi), 5. in Südostasien (Manila) und 6. in Subsahara-Afrika (Nairobi). In einem nächsten Schritt werden regionale Sekretariate eingerichtet, und zwar in Zentralasien (Taschkent – die Bestätigung hierfür

steht noch aus) und in den Golfstaaten (Abu Dhabi). Ergänzend zu den 33 Projekten mit einem Gesamtvolumen von annähernd 26 Mio. EUR, die bereits vergeben wurden, werden derzeit neue Projekte mit einem Volumen von etwa 10 Mio. EUR an verschiedene Konsortien, unter anderem auch aus Mitgliedstaaten, vergeben.

7. REFLEXIONSGRUPPEN

Gestützt auf den Beschluss 2010/430/GASP des Rates vom 26. Juli 2010 wurden die Tätigkeiten der EU im Rahmen ihrer Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen aktiv von dem EU-Konsortium für Nichtverbreitung unterstützt, das seine Arbeit im Januar 2011 aufgenommen hat. Im Anschluss an die erfolgreichen Maßnahmen des Jahres 2012 (MVW-freie Zone im Nahen Osten, Seminar am 5./6. November 2012 und erste Jahrestagung mit dem Titel "EU-Nichtverbreitungs- und Abrüstungskonferenz" am 3./4. Februar 2012) wird am 30. September/-1. Oktober 2013 eine neue, jährlich stattfindende internationale Konferenz zu Nichtverbreitung und Abrüstung abgehalten werden, der am 17./18. Juni 2013 die zweite beratende Sitzung der EU vorausgehen wird. In der Zwischenzeit hat das Konsortium in Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich arbeitenden europäischen Reflexionsgruppen seine Forschungsarbeit intensiviert und Arbeitsdokumente zur Umsetzung der Strategie gegen die Verbreitung von MVW veröffentlicht; diese Dokumente sind auf der Website des Konsortiums <<http://www.nonproliferation.eu/>> abrufbar. Es werden noch weitere Beiträge zu dem breiter angelegten Thema Nichtverbreitung und Abrüstung veröffentlicht.

8. RESOLUTION 1540 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN UND AUSFUHRKONTROLLEN

a) Resolution 1540 der Sicherheitsräte der Vereinten Nationen

Die EU brachte ihr langjähriges Engagement im Hinblick auf die Umsetzung der Resolutionen 1540 und 1977 dadurch zum Ausdruck, dass sie am Rande der 66. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (am 19. Oktober 2011 in New York) eine gemeinsame Erklärung mit den Vereinigten Staaten unterzeichnete.

Ein neuer Beschluss des Rates zur Unterstützung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats, der den Schwerpunkt auf die nationalen Umsetzungsbemühungen legt, wurde im Februar 2012 auf Arbeitsgruppenebene gebilligt und wird vom Rat Ende Juli 2013 erlassen werden. Damit soll das VN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA) mit Mitteln für die Durchführung von regionalen Workshops und Unterstützungsbesuchen in den Ländern ausgestattet werden.

Durch die EU-Initiative für CBRN-Kompetenzzentren wird im Verbund mit anderen aus dem GASP-Haushalt finanzierten Projekten zur Verwirklichung der Ziele der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats im Hinblick auf die Bekämpfung des illegalen Handels mit und die kriminelle Nutzung von CBRN-Stoffen beigetragen.

b) Ausfuhrkontrollen

Die verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der Ausfuhrkontrollen wurden fortgesetzt. Auf politischer Ebene hat die Europäische Kommission am 17. Januar 2013 einen Bericht (Arbeitsunterlage 2013/7 der Kommissionsdienststellen) erstellt, in dem das Ergebnis der breit angelegten öffentlichen Konsultation zusammengefasst wurde, die im Rahmen des Grünbuchs mit dem Titel "Das System der Europäischen Union zur Kontrolle der Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck: in einer Welt des Wandels Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit gewährleisten" durchgeführt worden war. Dieser Bericht bereitet den Weg für eine Überprüfung der Ausfuhrkontrollregelung der EU im Jahr 2013 mit gezielten sektorspezifischen Konsultationen der Interessengruppen, einer speziellen Konferenz zum Thema "Strategische Ausfuhrkontrolle" im Juni 2013 und der Ausarbeitung einer Mitteilung zu den weiteren Plänen der Kommission bis Ende 2013.

Auf der gesetzgeberischen Ebene wurden die Beratungen über die vorgeschlagenen Änderungen an der Verordnung (EG) Nr. 428/2009 betreffend Güter mit doppeltem Verwendungszweck mit dem Ziel fortgesetzt, die Aktualisierungen der Kontrolllisten der EU für Güter mit doppeltem Verwendungszweck zu beschleunigen, damit die erste Lesung des Vorschlags abgeschlossen werden kann. Die Durchführung von Ausfuhrkontrollen wurde durch zwei Sitzungen der Koordinierungsgruppe nach Artikel 23 sowie durch eine gemeinsame Sitzung mit dem Europäischen Kernenergieforum (ENEF) im Februar 2013 mit den Schwerpunkten Ausfuhr kerntechnischer Produkte und Transferkontrollen vorangebracht. Bei einer gegenseitigen Begutachtung ("peer visit") in Dublin im Mai 2013 kamen Experten aus den Mitgliedstaaten zu einem eingehenden Gedankenaustausch im Rahmen der Überprüfung der Ausfuhrkontrollpolitik zusammen.

Die EU koordinierte ihre Standpunkte, um in den relevanten Sitzungen im Rahmen der Ausfuhrkontrollregelungen, die im ersten Halbjahr stattfanden, gemeinsame Standpunkte zu vertreten (Sitzung der Beratenden Gruppe im März 2013 und Plenartagung im Juni 2013 im Rahmen der Gruppe der Kernmaterial-Lieferländer, Sitzung der allgemeinen Arbeitsgruppe im Mai 2013 im Rahmen des Wassenaar-Arrangements, Plenartagung im Juni 2013 im Rahmen der Australischen Gruppe).

Die angestrebten Ziele dieser Seminare auf regionaler Ebene wurden erreicht. Ein aktiver Dialog sowie eine interaktive Diskussion waren gewährleistet. Die Seminare boten eine Plattform für die Bewertung des weiteren Unterstützungsbedarfs. Den EU-Mitgliedstaaten bot sich die einmalige Gelegenheit, ihre Erfahrungen auszutauschen und den regionalen Ansatz für die Umsetzung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats zu stärken.

Zielgruppe waren vor allem die in den Bereichen Regulierung, Grenzschutz, Ausfuhr- und Zollkontrolle tätigen Beamten, aber auch subregionale Organisationen und Einrichtungen waren soweit möglich beteiligt.

9. RAUMFAHRT

Die EU setzt sich seit 2007 für die Ausarbeitung eines internationalen Verhaltenskodex für Weltraumtätigkeiten ein. Diese auf internationaler Ebene freiwillig zu befolgenden Leitlinien würden die Sicherheit, den Schutz und die Vorhersagbarkeit sämtlicher Weltraumtätigkeiten verbessern. Durch die Leitlinien sollten unter anderem Störungen von Weltraumtätigkeiten, Zusammenstöße oder Unfälle im Weltraum ebenso wie die Entstehung von Weltraummüll begrenzt oder auf ein Minimum verringert werden.

Die EU hat der internationalen Gemeinschaft am 5. Juni 2012 in Wien einen neuen Entwurf vorgelegt, der nun auch Unterstützung bei einer großen Zahl von Staaten außerhalb Europas findet; in diesem Entwurf ist vorgesehen, dass der Internationale Kodex für alle Weltraumtätigkeiten, die von Staaten oder nichtstaatlichen Einrichtungen durchgeführt werden, gilt. Der Kodexentwurf sieht vor, dass die Übernahme des Kodex freiwillig ist und allen Staaten offensteht; er enthält grundlegende Regeln, die von den Raumfahrtnationen sowohl bei zivilen als auch bei militärischen Weltraumtätigkeiten zu befolgen sind.

Im Anschluss an die Tagung vom 5. Juni 2012 in Wien ist die EU auch weiterhin entschlossen, die multilateralen Konsultationen im Hinblick auf Feinarbeiten am Kodexentwurf im Rahmen eines transparenten und integrativen Prozesses fortzusetzen. Die VN-Mitgliedstaaten waren zu offenen Konsultationen über den Textentwurf am 16./17. Mai 2013 in Kiew eingeladen, bei denen rund 140 Vertreter aus 61 Ländern zusammenkamen. Im Anschluss an das Treffen in Kiew beabsichtigt die EU, der internationalen Gemeinschaft in den kommenden Monaten einen aktualisierten Entwurf vorzulegen und die VN-Mitgliedstaaten vor Ende 2013 zu einer zweiten Konsultationsrunde einzuladen.

Im Rahmen des Ratsbeschlusses zur Unterstützung des Vorschlags der EU zu dem Kodex hat das VN-Institut für Abrüstungsforschung (UNIDIR) als Durchführungspartner Regionalseminare in Südostasien und in Afrika als Plattform für den Aufbau von Wissen über Verhaltensnormen im Weltraum und den Vorschlag für einen Kodex an sich organisiert. Das Institut war des Weiteren an der Organisation der ersten offenen Konsultationsrunde in Kiew beteiligt.

10. KLAUSELN ZUR NICHTVERBREITUNG VON MASSENVERNICHUNGSWAFFEN

Im Einklang mit ihrer Strategie gegen die Verbreitung von MVW hat die EU ihre Bemühungen fortgesetzt, die Nichtverbreitung von MVW in ihren vertraglichen Beziehungen zu Drittländern durchgängig zu berücksichtigen.

Es wurden weitere Fortschritte bei den Verhandlungen über die Aufnahme von Klauseln zur Nichtverbreitung von MVW in einschlägige Übereinkünfte zwischen der EU und Drittstaaten erzielt, insbesondere bei den Verhandlungen mit Australien, Brunei, Kanada, Japan, Neuseeland und Thailand.

11. WEITERE MULTILATERALE FOREN

- G8

Die EU hat sich im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der G8-Gipfelerklärung zur Nichtverbreitung in mehreren Sitzungen der für Nichtverbreitungs- und Abrüstungsfragen zuständigen Direktoren der G8 aktiv engagiert und in Zusammenarbeit mit dem britischen G8-Vorsitz bei der Durchführung mehrerer Demarchen im Zusammenhang mit dem IAEA-Zusatzprotokoll und der Umsetzung der Resolution 1540 des VN-Sicherheitsrats auf nationaler Ebene Unterstützung geleistet.

Die Globale Partnerschaft (GP) hat sich in den neun Jahren seit ihrer Gründung im Jahr 2002 über den G8-Rahmen hinaus zu einer Koordinierungs- und Kooperationsplattform entwickelt, die gegenwärtig 17 zusätzliche Partner umfasst. Auf dem Gipfeltreffen in Deauville im Mai 2011 wurde vereinbart, die biologische Sicherheit, die Umsetzung der Resolution 1540 und nukleare Sicherungsmaßnahmen weiter zu verstärken. Dieses Vorhaben ist 2012 von den Vereinigten Staaten und 2013 vom Vereinigten Königreich vorangebracht worden, insbesondere indem innerhalb der Arbeitsgruppe "Globale Partnerschaft" vier neue Unterarbeitsgruppen zu den Themenbereichen biologische Sicherheit, chemische Sicherheit, nukleare Sicherheit und Kompetenzzentren eingesetzt wurden. Die Einbeziehung (anderer) regionaler Organisationen ebenso wie die Verstärkung der regionalen Eigenverantwortung waren wichtige Themen bei den Beratungen. Die EU-Kompetenzzentren als Ursprung der Unterarbeitsgruppe "Kompetenzzentren" konnten innerhalb der G8 und der Globalen Partnerschaft der G8 weiterhin an Bedeutung gewinnen, da sie von der G8 insbesondere als Instrument genutzt werden können, um den Informationsaustausch auf regionaler Ebene zu fördern und gegebenenfalls Überschneidungen auf Geberseite zu vermeiden.

- Globale Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus (GICNT)

Die EU war als Beobachter der Globalen Initiative zur Bekämpfung des Nuklearterrorismus (GICNT) – insbesondere durch das Gemeinsame Forschungszentrum der Europäischen Kommission – in allen erörterten Bereichen (Kernstrahlungsnachweis, Nuklearforensik, Reaktion und Folgenminderung) aktiv an den Tätigkeiten der GICNT-Arbeitsgruppe für Fragen der Durchführung und der Bewertung (Implementation and Assessment Group - IAG) beteiligt.

Sie hat aktiv zum Inhalt sämtlicher Bezugsdokumente der IAG-Arbeitsgruppen beigetragen und hat auf der GICNT-Plenartagung am 24. Mai 2013 in Mexico City eine Erklärung abgegeben. Spanien, ein EU-Mitgliedstaat, hat sein dreijähriges Mandat als erster Koordinator der GICNT IAG erfolgreich beendet.

- Sicherheitsinitiative zur Unterbindung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (PSI)

Die EU unterstützt weiterhin die Ziele der Sicherheitsinitiative zur Unterbindung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (PSI), die in erster Linie in den im September 2003 in Paris festgelegten Unterbindungsgrundsätzen verankert sind. Am 28./29. Mai 2013 hat der Sonderbeauftragte in Warschau an einem hochrangigen politischen Treffen anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Sicherheitsinitiative teilgenommen und hat bei dieser Gelegenheit auf die Bedeutung der EU für das Erreichen der Ziele der Initiative hingewiesen.

12. TREFFEN IM RAHMEN DES POLITISCHEN DIALOGS

Treffen im Rahmen des politischen Dialogs über Nichtverbreitung und Abrüstung wurden auf Arbeitsgruppenebene mit Russland (Moskau, 4. März 2013) und der Ukraine (Brüssel, 15. Mai 2013) abgehalten. Der kürzlich ernannte Hauptberater und Sonderbeauftragte für Nichtverbreitung und Abrüstung hat am Rande wichtiger Veranstaltungen eine Reihe informeller Konsultationen mit verschiedenen Akteuren abgehalten; bei diesen Veranstaltungen handelte es sich unter anderem um die ATT-Konferenz im März 2013 in New York (mit Beteiligung Algeriens, Brasiliens, Ägyptens, Indiens, der NATO, Nigerias, Mexikos, Pakistans, der Vereinigten Staaten, Venezuelas, des UNODA, Vietnams, Indonesiens, Kasachstans, Perus, Russlands, Singapurs, Südafrikas und Thailands), die zweite Tagung des NVV-Vorbereitungsausschusses im April/Mai 2013 in Genf (mit Beteiligung Ägyptens, der Arabischen Liga, Südafrikas und Perus) sowie die dritte Konferenz zur Überprüfung des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) im April 2013 in Den Haag (mit Beteiligung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) und der Vereinigten Staaten).

**ANNEX TO THE
SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT**

**OVERVIEW OF EU COUNCIL JOINT ACTIONS AND COUNCIL DECISIONS
IN THE FRAMEWORK OF THE EU STRATEGY
AGAINST PROLIFERATION OF WEAPONS OF MASS DESTRUCTION (WMD)**

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2012/699/CFSP of 13 November 2012 on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO) in order to strengthen its monitoring and verification capabilities and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.	<p>The Union will support four projects, the objectives of which are the following:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to provide technical assistance and capacity building to State Signatories to enable them to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBT verification system; (b) to develop capacity for future generations of CTBT Experts through the Capacity Development Initiative (CDI); (c) to enhance the Atmospheric Transport Model (ATM); (d) to characterize and mitigate Radio Xenon noble gases; (e) to support the Integrated Field Exercise in 2014 (IFE14) through the development of an integrated multispectral array; (f) to improve the sustainment of certified IMS Auxiliary Seismic Stations. <p><u>Implementing entity:</u> The Preparatory Commission of the CTBTO.</p>	<p>Budget: EUR 5.185.028 Official Journal: L 314 – 14.11.2012</p> <p>Estimated duration of the action: 24 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2012/423/CFSP of 23 July 2012 on support of ballistic missile non-proliferation in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction and of the Council Common Position 2003/805/CFSP	<p>The objectives are :</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to support activities in support of The Hague Code of Conduct against ballistic missile proliferation, in particular with the aim to: <ul style="list-style-type: none"> - promoting the universality of the Code, and in particular the subscription to the Code by all States with ballistic missile capabilities; - supporting the implementation of the Code; - reinforce the visibility of the Code, in particular on the occasion of the tenth anniversary of its signature; (b) more generally, to support a range of activities to fight against the proliferation of ballistic missiles, aimed notably at raising awareness of this threat, stepping up efforts to increase the effectiveness of multilateral instruments, building up support to initiatives to address these specific challenges and helping interested countries to reinforce nationally their relevant export control regimes. 	<p>Budget: EUR 930.000 Official Journal: L 196 – 24.07.2012 Estimated duration of the action: 24 months. To be closed in 2013</p>
Council Decision 2012/422/CFSP of 23 July 2012 in support of a process leading to the establishment of a zone free of nuclear weapons and all other weapons of mass destruction in the Middle East.	<p>Implementing entity: Fondation pour le Recherche Stratégique.</p> <p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to support the work of the Facilitator for the 2012 Conference on the establishment of a Middle East zone free of nuclear weapons and all other weapons of mass destruction; (b) to enhance the visibility of the Union as a global actor and in the region in the field of non-proliferation; (c) to encourage regional political and security-related dialogue within civil societies and governments, and more particularly among experts, officials and academics; (d) to identify concrete confidence-building measures that could serve as practical steps towards the prospect of a Middle East zone free of WMD and their means of delivery; (e) to encourage discussion on the universalization and implementation of relevant international treaties and other instruments to prevent the proliferation of WMD and their delivery systems; (f) to discuss issues related to peaceful uses of nuclear energy and international and regional cooperation. 	<p>Budget: EUR 352.000 Official Journal: L 196 – 24.07.2012 Estimated duration of the action: 18 months. To be closed in 2013</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
<p>Council Decision 2012/421/CFSP of 23 July 2012 in support of the Biological and Toxin Weapons Convention (BTWC), in the framework of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) promoting the universality of the BTWC, (b) supporting the implementation of the BTWC, including submission of CBMs by the States Parties, (c) supporting the work of the 2012-2015 inter-sessional programme with a view to strengthening the implementation and effectiveness of the BTWC. <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UN ODA).</p>	<p>Budget: EUR 1.700.000 Official Journal: L 196 – 24.07.2012 Estimated duration of the action: 24 months.</p>
<p>Council Decision 2012/281/CFSP of 29 May 2012 in the framework of the European Security Strategy in support of the Union proposal for an international Code of Conduct on outer-space activities.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) consultations with States, active or not yet active on space issues to discuss the proposal and to gather their views, (b) gathering expert support for the process of developing an international Code of Conduct for outer-space activities. <p><u>Implementing entity:</u> United Nations Institute for Disarmament Research (UNIDIR).</p>	<p>Budget: EUR 1.490.000 Official Journal: L 140 – 30.05.2012 Estimated duration of the action: 18 months.</p>
<p>Council Decision 2012/166/CFSP of 23 March 2012 in support of activities of the Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons (OPCW) in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the CWC, (b) to enhance the preparedness of States Parties to prevent and respond to attacks involving toxic chemicals, (c) to enhance international cooperation in the field of chemical activities, (d) to support the ability of the OPCW to adapt to developments in the field of science and technology, (e) to promote universality by encouraging States not Parties to join the CWC. <p><u>Implementing entity:</u> The Organization for the Prohibition of Chemical Weapons.</p>	<p>Budget: EUR 2.140.000 Official Journal: L 87 – 24.03.2012 Estimated duration of the action: 24 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
<p>Council Decision 2010/799/CFSP of 13 December 2010 in support of a process of confidence-building leading to the establishment of a zone free of weapons of mass destruction and their means of delivery in the Middle East in support of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to encourage regional political and security-related dialogue within civil societies and governments, and more particularly among experts, officials and academics, (b) to identify confidence-building measures that could serve as practical steps towards the prospect of a Middle East zone free of WMD and their means of delivery, (c) to encourage discussion on the universalization and implementation of relevant international treaties and other instruments to prevent the proliferation of WMD and their delivery systems, (d) to discuss issues related to the peaceful uses of nuclear energy and international and regional cooperation in this regard. <p><u>Implementing entity:</u> EU Non-Proliferation Consortium.</p>	<p>Budget : EUR 347 700 Official Journal: L341/27 – 23.12.2012 Project closed on 06/05/2013</p>
<p>Council Decision 2010/585/CFSP of 27 September 2010 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification and in the framework of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol, (b) assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, (c) strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency (IAEA).</p>	<p>Budget: EUR 9.966.000 Official Journal: L 302 – 01.10.2010 Estimated duration of the action: 24 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
<p>Council Decision 2010/430/CFSP of 26 July 2010 establishing a European network of independent non- proliferation think tanks in support of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objective of this network of independent non-proliferation think tanks is to encourage political and security-related dialogue and the long-term discussion of measures to combat the WMD proliferation and their delivery systems within civil societies, and more particularly among experts, researchers and academics. It will constitute a useful stepping stone for non-proliferation action by the Union and the international community. The Union wishes to support this network as follows:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) through organizing a kick-off meeting and an annual conference with a view to submitting a report and/or recommendations to the representative of the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy (HR), (b) through creating an Internet platform to facilitate contacts and foster research dialogue among the network of non-proliferation think tanks. <p><u>Implementing entity:</u> EU Non-Proliferation Consortium.</p>	<p>Budget: EUR 2.182.000 Official Journal: L 205 – 04.08.2010 Estimated duration of the action: 36 months.</p>
<p>Council Decision 2010/461/CFSP of 26 July 2010 on support for activities of the Preparatory Commission of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization (CTBTO) in order to strengthen its monitoring and verification capabilities and in the framework of the implementation of the EU Strategy against Proliferation of Weapons of Mass Destruction.</p>	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) to improve the operation and sustainability of the auxiliary seismic stations network of the CTBT's International Monitoring System; (b) to improve the CTBT verification system through strengthened cooperation with the scientific community; (c) to provide technical assistance to States Signatories in Africa and in the Latin American and Caribbean Region so as to enable them to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBT verification system; (d) to develop an OSI noble gas capable detection system. <p><u>Implementing entity:</u> The Preparatory Commission of the CTBTO.</p>	<p>Budget: EUR 5.280.000 Official Journal: L219 – 20.08.2010 Estimated duration of the action: 18 months.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Decision 2009/569/CFSP of 27 July 2009 – OPCW.	The objective is to support the universalization of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties: (a) to enhance the capacities of States Parties in fulfilling their obligations under the Convention, and (b) to promote universality. <u>Implementing entity:</u> The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons.	Budget: EUR 2.110.000 Official Journal: L 197 – 29.07.2009 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.
Council Decision 2008/974/CFSP of 18 December 2008 in support of HCOC.	The EU supports three aspects of the Code as follows: (a) universality of the Code, (b) implementation of the Code, (c) enhancement and improved functioning of the Code. <u>Implementing entity:</u> Fondation pour le Recherche Stratégique. To be closed in 2013	Budget: EUR 1.015.000 Official Journal: L 345 – 23.12.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented. To be closed in 2013
Council Joint Action 2008/588/CFSP of 10 November 2008 in support of BTWC.	The overall objective is: (a) to support the universalization of the BTWC, (b) to enhance the implementation of the BTWC, including the submission of CBM declarations, and (c) to support the best use of the Inter-Sessional Process 2007-2010 for the preparation of the 2011 Review Conference. <u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA) – Geneva.	Budget: EUR 1.400.000 Official Journal: L 302 – 13.11.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.
Council Joint Action 2008/588/CFSP of 15 July 2008 in support of CTBTO.	The EU supports the development of capacity of the Preparatory Commission of the CTBTO in the area of Verification by: (a) noble gas monitoring; radio-xenon measurements and data analysis, (b) integrating States Signatories in Africa to fully participate in and contribute to the implementation of the CTBTO monitoring and verification system. <u>Implementing entity:</u> The CTBTO Preparatory Commission.	Budget: EUR 2.316.000 Official Journal: L 189 – 17.07.2008 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented. Closed on 07/03/2013

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2008/368/CFSP of 14 May 2008 in support of the implementation of UNSCR 1540.	<p>The projects in support of the implementation of UNSCR 1540 will take the form of six workshops aiming at enhancing the capacity of officials responsible for managing the export control process in six sub regions (Africa, Central America, Mercosur, the Middle East and Gulf Regions, Pacific Islands and South-East Asia), so that they can at a practical level undertake implementation efforts of UNSCR 1540. The proposed workshops will be specifically tailored for border, customs and regulatory officials and will comprise the main elements of an export control process including applicable laws (including national and international legal aspects), regulatory controls (including licensing provisions, end-user verification and awareness-raising programmes) and enforcement (including commodity identification, risk-assessment and detection methods).</p> <p>Implementing entity: United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA).</p>	<p>Budget: EUR 475.000 Official Journal: L127 – 15.05.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented. Closed on 30/11/2012</p>
Council Joint Action 2008/314/CFSP of 14 April 2008 on support for IAEA activities in the areas of nuclear security and verification – IAEA IV.	<p>The objectives are:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) strengthening national legislative and regulatory infrastructures for the implementation of relevant international instruments in the areas of nuclear security and verification, including comprehensive safeguards agreements and the Additional Protocol, (b) assisting States in strengthening the security and control of nuclear and other radioactive materials, (c) strengthening States' capabilities for detection and response to illicit trafficking in nuclear and other radioactive materials. <p>Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA).</p>	<p>Budget: EUR 7.703.000 Official Journal: L107 – 17.04.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented. To be closed in 2013</p>
Council Joint Action 2008/307/CFSP of 14 April 2008 in support of World Health Organization activities in the area of laboratory bio-safety and bio-security.	<p>The overall objective is to support the implementation of the BTWC, in particular those aspects that relate to the safety and security of microbial or other biological agents and toxins in laboratories and other facilities, including during transportation as appropriate, in order to prevent unauthorised access to and removal of such agents and toxins.</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) promotion of bio-risk reduction management through regional and national outreach, (b) strengthening the security and laboratory management practices against biological risks. <p>Implementing entity: The World Health Organization.</p>	<p>Budget: EUR 2.105.000 Official Journal: L106 – 16.04.2008 Estimated duration of the action: 24 months. Implemented.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2007/753/CFSP of 19 November 2007 in support of IAEA monitoring and verification activities in the DPRK.	Objective is to contribute to the implementation of monitoring and verification activities in the DPRK, in accordance with the Initial Actions of 13 February 2007, as agreed in the framework of the six-party-talks. Implementing entity: The International Atomic Energy Agency (IAEA Department of Safeguards)	Budget: EUR 1.780.000 Official Journal: L304 – 22.11.2007 Estimated duration of the action: 18 months. Suspension, Force majeure.
Council Joint Action 2007/468/CFSP of 28 June 2007 - CTBTO II.	The objective is to support the early entry into force of the Treaty, and need to the rapid buildup of the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty (CTBT) verification regime via: (a) Improvement of the knowledge of Provisional Technical Secretariat noble gas measurements; (b) Support to on-Site Inspection via the support for the Preparations for the Integrated Field Exercise 2008.	Budget: EUR 1.670.000 Official Journal: L176 – 06.07.2007 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.
Council Joint Action 2007/185/CFSP of 19 March 2007 – OPCW.	Implementing entity: The CTBTO Preparatory Commission. The objective is to support the universalization of the Chemical Weapons Convention (CWC), and in particular to promote the ratification/accession to the CWC by States not Parties (signatory States as well as non-signatory States) and to support the full implementation of the CWC by the States Parties. (a) promotion of universality of the CWC, (b) support for full implementation of the CWC by States Parties, (c) international cooperation in the field of chemical activities, as accompanying measures to the implementation of the CWC, (d) support for the creation of a collaborative framework among the chemical industry, OPCW and national authorities in the context of the 10th anniversary of the OPCW.	Budget: EUR 1.700.000 Official Journal: L85 – 27.03.2007 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2007/178/CFSP of 19 March 2007 – Russian Federation IV.	The objective is to assist the Russian Federation in destroying some of its chemical weapons, towards fulfillment of Russia's obligations under the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and use of Chemical Weapons and on their Destruction. This Joint Action supported the completion of the electricity supply infrastructure at Shchuch'ye chemical weapon destruction facility, in order to provide a reliable power supply for the operation of the chemical weapon destruction facility. <u>Implementing entity:</u> The Ministry of Defence of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland	Budget: EUR 3.145.000 Official Journal: L81 – 22.03.2007 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.
Council Joint Action 2006/418/CFSP of 12 June 2006 – IAEA III.	The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as: (a) Legislative and Regulatory Assistance; (b) Strengthening the Security and Control of Nuclear and other Radioactive Materials; (c) Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking. <u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency	Budget: EUR 6.995.000 Official Journal: L165 – 17.06.2006. Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.
Council Joint Action 2006/419/CFSP of 12 June 2006 – UNSCR 1540.	The action aimed at addressing three aspects of the implementation (a) awareness-raising of requirements and obligations under the Resolution, (b) contributing to strengthening national capacities in three target regions (Africa, Latin America and Caribbean, Asia-Pacific) in drafting national reports on the implementation of UNSC Resolution 1540 (2004) and (c) sharing experience from the adoption of national measures required for the implementation of the Resolution. <u>Implementing entity:</u> United Nations Office for Disarmament Affairs (UNODA).	Budget: EUR 195.000 Official Journal: L165 – 17.06.2006. Estimated duration of the action: 22 months. Implemented.

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2006/243/CFSP of 20 March 2006 – CTBTO I.	The objective is to improve the capacity of CTBT Signatory States to fulfil their verification responsibilities under the CTBT and to enable them to fully benefit from participation in the treaty regime by a computer-based training/self-study. <u>Implementing entity:</u> The CTBTO Preparatory Commission.	Budget: EUR 1.133.000 Official Journal: L88 – 25.03.2006 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.
Council Joint Action 2006/184/CFSP of 27 February 2006 – BTWC.	Overall objective: to support the universalization of the BTWC and, in particular, to promote the accession to the BTWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the BTWC by the States Parties. (a) promotion of the universality of the BTWC; (b) support for implementation of the BTWC by the States Parties. <u>Implementing entity:</u> The Graduate Institute of International Studies, Geneva.	Budget: EUR 867.000 Official Journal: L65 – 07.03.2006 Estimated duration of the action: 18 months. Implemented.
Council Joint Action 2005/913/CFSP of 12 December 2005 – OPCW II.	The objective is to support the universalisation of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties. (a) promotion of universality of the CWC; (b) support for implementation of the CWC by the States Parties; (c) international cooperation in the field of chemical activities. <u>Implementing entity:</u> The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons.	Budget: EUR 1.697.000 Official Journal: L331 – 17.12.2005 Estimated duration of the action: 12 months. Implemented.

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2005/574/CFSP of 18 July 2005 – IAEA II.	<p>The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) strengthening the Physical Protection of Nuclear Materials and other Radioactive Materials in Use, Storage and Transport and of Nuclear Facilities; (b) strengthening of Security of Radioactive Materials in Non-Nuclear Applications; (c) strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking; (d) legislative assistance for the implementation of States' Obligations under IAEA safeguards agreements and additional protocols. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency.</p>	<p>Budget: EUR 3.914.000 Official Journal: L 193 – 23.07.2005</p> <p>Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2004/797/CFSP of 22 November 2004 – OPCW I.	<p>The objective is to support the universalization of the CWC and in particular to promote the accession to the CWC by States not Party (signatory States as well as non-signatory States) and to support the implementation of the CWC by the States Parties.</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) promotion of universality of the CWC; (b) support for implementation of the CWC by the States Parties; (c) international cooperation in the field of chemical activities. <p><u>Implementing entity:</u> The Organisation for the Prohibition of the Chemical Weapons.</p>	<p>Budget: EUR 1.841.000 Official Journal: L 349 – 25.11.2004</p> <p>Estimated duration of the action: 12 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2004/796/CFSP of 22 November 2004 – Russian Federation III.	<p>The objective is to contribute to reinforcing the physical protection of nuclear sites in Russia, so as to reduce the risk of theft of nuclear fissile material and of sabotage by improving the physical protection for fissile materials at the Bochvar Institute in Moscow (VNIINM) of the Russian Federal Agency for Atomic Energy FAAE (formerly MINATOM).</p> <p><u>Implementing entity:</u> The Federal Republic of Germany.</p>	<p>Budget: EUR 7.730.000 Official Journal: L 349 – 25.11.2004</p> <p>Estimated duration of the action: 36 months. Implemented.</p>

Title	Objective and implementing entity	Budget and duration
Council Joint Action 2004/495/CFSP of 17 May 2004 – IAEA I.	<p>The objective is to strengthen nuclear security in selected countries which have received EU assistance such as:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) Strengthening the Physical Protection of Nuclear Materials and other Radioactive Materials in Use, Storage and Transport and of Nuclear Facilities; (b) Strengthening of Security of Radioactive Materials in Non-Nuclear Applications; (c) Strengthening of States' Capabilities for Detection and Response to Illicit Trafficking. <p><u>Implementing entity:</u> The International Atomic Energy Agency.</p>	<p>Budget: EUR 3.329.000 Official Journal: L182 – 19.05.2004 Estimated duration of the action: 15 months. Implemented.</p>
Council Joint Action 2003/472/CFSP of 24 June 2003 – Russian Federation II.	<p>This Joint Action aims at financing a unit of experts under the cooperation programme for non-proliferation and disarmament in the Russian Federation.</p> <p><u>Implementing entity:</u> The Russian Federation.</p>	<p>Budget: EUR 680.000 Official Journal: L157 – 26.06.2003 Expired on the date of expiry of EU Common Strategy 1999/414/CFSP on Russia. Implemented.</p>
Council Joint Action 1999/878/CFSP of 17 December 1999 - Russian Federation I.	<p>The project contributed to:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) a chemical weapons pilot destruction plant situated in Gorny, Saratov region, Russia; (b) a set studies and experimental studies on plutonium transport, storage and disposition. <p><u>Implementing entity:</u> The Russian Federation.</p>	<p>Budget: EUR 8.900.000 Official Journal: L331 – 23.12.1999 Estimated duration of the action: 48 months. Implemented.</p>

ANNEX TO THE SIX-MONTHLY WMD PROGRESS REPORT
OVERVIEW OF INSTRUMENT FOR STABILITY, PRIORITY 1
"RISK MITIGATION AND PREPAREDNESS RELATING TO CHEMICAL, BIOLOGICAL,
RADIOLOGICAL AND NUCLEAR MATERIALS OR AGENTS"

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
n.a.	Retraining former weapon scientists and engineers through support for International Science and Technology Centre (ISTC, Moscow) and Science and Technology Centre (STCU, Kiev).	The main objective of the Centres is to redirect scientists/engineers' talents to civilian and peaceful activities through science and technological cooperation.	ISTC/STCU	EUR 235 million	TACIS 1997-2006 IFS 2007 EUR 15 million EUR 8 million EUR 7.5 million EUR 5.0 million EUR 4.5 million EUR 4.0 million

AAP 2007 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2008/145-156	Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in FSU countries (Russian Federation, Ukraine, Armenia, Moldova, Georgia, Azerbaijan and Belarus).	The purpose of the action is to supply equipment for detection of NRM at border check points as it was identified in the previous phase of the activity financed by TACIS Nuclear Safety programme, contributing thus to reduce nuclear and radiation terrorism threat.	JRC	EUR 5 million	11/07/2008 – 12/04/2013
IFS/2008/145-130	Assistance in export control of dual-use goods.	The specific objective is to support the development of the legal framework and institutional capacities for the establishment and enforcement of effective export controls on dual-use items, including measures for regional cooperation with a view of contributing to the fight against the proliferation of WMD and related materials, equipment and technologies.	BAFA (D)	~ EUR 5 million	19/03/2008 – 31/12/2010
IFS/2008/145-132	Knowledge Management System on CBRN Trafficking.	The overall objective of the activity is to improve capabilities of participating states, neighbouring countries of the EU in South-East Europe and possibly Caucasus, to combat the illicit trafficking and criminal use of CBRN materials (preparation phase to "EU CBRN Centres of Excellence").	UNICRI	EUR 1 million	31/01/2008 – 01/08/2010

AAP2008 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2009/200-523	Knowledge management system on CBRN trafficking in North Africa and selected countries in the Middle East.	The aim of the project would be to develop a durable co-operation legacy in the area of trafficking of CBRN materials (preparation phase to "EU CBRN Centres of Excellence").	UNICRI	EUR 1 million	16/03/2009 – 15/07/2011
IFS/2009/217-540	Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in Central Asian countries.	The project will address shortcomings in the safety/security practices of key biological facilities in selected countries of Central Asia. The main objectives of the project are to raise the skills of the personnel working at facilities (laboratories) handling dangerous biological agents or supervising those facilities, and to provide additional equipment, as needed, to ensure an adequate level of bio-safety and security.	ISTC	EUR 6.8 million	21/09/2009 – 21/09/2014
IFS/2009/219-636	Combating illicit trafficking of nuclear and radioactive materials in selected FSU and Mediterranean Basin countries and preparation of border management activities in the ASEAN region.	The overall objective of this project is to reduce the threat of nuclear and radiation terrorism. For this purpose the assistance will be provided to the partner countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of nuclear and radioactive materials (NRM) illicit trafficking.	JRC	EUR 6.7 million	2/12/2009 – 1/12/2014

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2009/216-327	Awareness raising of exporters Export Control of dual-use goods.	The overall objective of the project is to enhance the effectiveness of export control of dual use items in the Russian Federation, with a view to contribute to the fight against the proliferation of WMD. The specific objectives will be achieved through information exchange with EU exporters, support industry and researchers for awareness raising, organisation of seminars for exporters in the regions of the Russian Federation.	Russian independent non-profit organisation for professional advancement "Export Control Training Centre".	EUR 1 million	1/09/2009 – 1/03/2011

AAP2009 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
IFS/2010/239-471 (UNICRI main) – IFS/2010/239-481 (JRC main) – IFS/2010/253-483 and IFS/2010/253-485 (pilot projects JRC and Univ. Milan) / IFS/2010/250-984 (UNICRI establishment of 2 Secretariats).	CBRN Centre of Excellence – First Phase.	To set up a mechanism contributing to strengthen the long-term national and regional capabilities of responsible authorities and to develop a durable cooperation legacy in the fight against the CBRN threat.	UNICRI / JRC main contracts / 2 pilot projects in South East Asia / first step (2 Secretariats in Caucasus and South East Asia).	EUR 5 million	May 2010 – May 2012
IFS/2010/235-364	Border monitoring activities in the Republic of Georgia, Central Asia and Afghanistan.	To enhance the detection of radioactive and nuclear materials at identified borders crossing and/or nodal points in the Republic of Georgia, at Southern borders of selected Central Asian countries with Afghanistan and at the airport of Kabul.	JRC	EUR 4 million	4/05/2010 – 4/05/2013
IFS/2010/238-194	EpiSouth: a network for the control of health and security threats and other bio-security risks in the Mediterranean Region and South-East Europe.	To increase through capacity building the bio security in the Mediterranean region and South-East Europe (10 EU + 17 non EU countries).	Istituto Superiore di Sanià, Rome (Italy).	EUR 3 million	15/10/2010 – 15/04/2013

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
<u>IFS/2010/247-264</u> (service) <u>IFS/2010/248-064 +</u> <u>IFS/2010/258-635</u> (supply)	Redirection of former Iraqi WMD scientists through capacity building for decommissioning of nuclear facilities, including site and radioactive waste management.	To assist Iraq with redirection of scientists and engineers possessing WMD-related skills and dual-use knowledge through their engagement in a comprehensive decommissioning, dismantling and decontamination of nuclear facilities.	UNIVERSITA DEGLI STUDI DELL'INSUBRIA A (service) – CANBERRA + NNL (supplies)	EUR 2.5 million (1.5 M for service + 1.5 M for supplies)	AUG 2010 – AUG 2013
<u>IFS/2010/253-484</u>	Knowledge Management System on CBRN risk mitigation – Evolving towards CoE "Mediterranean Basin".	To integrate the existing Knowledge Management Systems, namely for South East Europe and for North Africa, and to prepare the evolution towards a Centre of Excellence in the Mediterranean Basin dealing with CBRN risk mitigation (preparation phase to "EU CBRN Centres of Excellence").	UNICRI	EUR 0.5 million	25/11/2010 – 30/04/2012
<u>IFS/2010/254-942</u>	Bio-safety and bio-security improvement at the Ukrainian anti-plague station (UAPS) in Simferopol.	To contribute to full implementation of the BTWC (Biological and Toxin Weapons Convention) in Ukraine, which includes the prevention of illicit access to pathogens by terrorists and other criminals.	STCU	EUR 4 million	22/11/2010 – 21/08/2014
<u>IFS/2010/256-885</u>	Assistance in export control of dual-use goods.	Continuation of the on-going activities in this field in the already covered countries, with possible extension to other regions/countries.	BAFA (D)	EUR 5 million	21/12/2010 – 01/07/2013

AAP2010 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
<u>IFS/2011/263-555</u> (set-up) <u>IFS/2011/273-506</u> (actions)	CBRN Centres of Excellence – Second phase.	Set-up of three to four new Centres in the Middle East and, possibly, Gulf region, Mediterranean Basin, Central Asia and Southern Africa and extension of the projects in South East Asia and in Ukraine / South Caucasus and implementation of thematic projects in all project areas of priority 1.	UNICRI	EUR 4.5 million EUR 16.3 million	23/08/2011 – 28/02/2013
<u>IFS/2011/273-571</u>	Enhancing the capability of the IAEA Safeguards Analytical Service (ECAS) – EU contribution to the new Nuclear Material Laboratory (NML).	To ensure that the IAEA has a strong independent analytical capability for safeguards in the decades to come by means of expansion and modernisation of the IAEA Safeguards Analytical Services.	IAEA	EUR 5 million	30/11/2011 – 30/11/2015
<u>IFS/2011/272-372</u> (service) and <u>IFS/2011/272-424</u> (supplies)	Establishment of Mobile Laboratories for Pathogens up to Risk Group 4 in combination with CBRN Capacity Building in Sub-Saharan Africa.	Implementation of two units of mobile labs to be used to perform diagnosis of up to group 4 infectious agents in sub-Saharan Africa and one “stand-by” unit based in EU for training purposes and to be deployed in other countries outside EU where these agents are endemic or outbreaks occur.	BERNHARD-NOCHT-INSTITUT FÜR TROPENMEDIZIN (service) – supply under evaluation.	EUR 3.5 million	15/12/2011 – 14/12/2015
<u>IFS/2011/273-572</u>	Strengthening bio-safety and bio-security capabilities in South Caucasus and in Central Asian Countries.	To raise the capabilities of State organisations in target countries responsible for bio-safety and bio-security in a way that will result in a substantial improvement of the countries’ bio-safety/security situations.	UNICRI	EUR 5 million	01/01/2012 – 31/12/2015

AAP2011 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
<u>IFS/2011/278-349</u>	Multilateral Nuclear Assurances - EU contribution to the Low Enriched Uranium bank under the supervision of the International Atomic Energy Agency (IAEA).	The IfS contribution (EUR 20 million) will be dedicated to the purchase of a quantity of Low Enriched Uranium.	IAEA	EUR 20 million	30/11/2011 – 30/11/2013
---	Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence – Third Phase.	(1) to extend existing activities (management contracts with JRC and UNICRI) till the end of 2014 with the aim of improving national CBRN policies and defining comprehensive tailored assistance packages, in a coherent and effective combination of national and regional dimensions [EUR5.5 million], (2) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual-use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, scientists' engagement [EUR9.2 million] including governance.		EUR 14.7 million	01/2013-12/2014
---	Border monitoring activities in the Democratic Republic of the Congo, Russian Federation, Ukraine and South East Asia.	To counteract nuclear and radiation terrorism threat. For this purpose the assistance should be provided to the identified countries in the improvement of the technical and organisational measures for detection of Nuclear and Radioactive Materials (NRM) illicit trafficking, including training and establishment of an expert network.		EUR 5.8 million	01/2013-12/2014

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
---	Co-operation in export control of dual-use goods.	To strengthen the export control systems of partner countries, with a strong link with the Regional Centres of Excellence activities, by aligning them to the standard of the international export control regimes and treaties and therefore meeting the requirements of the UNSCR 1540 (2004).		EUR 3.65 million	01/2013-12/2014.

AAP2012 (EXCLUDING FUNDING FOR ISTC/STCU)					
Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
---	Enhancing the Capability of the International Atomic Energy Agency (IAEA) Safeguards Analytical Service (ECAS) – EU contribution to the new Nuclear Material Laboratory (NML)	To support ECAS in their effort to constructing and outfitting laboratories for the analysis of special and environmental samples according to the latest quality and safety standards, with sample logistics being an integral part of it to ensure that the IAEA has a strong independent analytical capability or safeguards in the decades to come by means of expansion and modernisation of the IAEA Safeguards Analytical Services.	IAEA	EUR 5 million	01/2013-12/2014

Project identification	Title	Objective	Contractor	Amount	Execution period
--	Chemical, biological, radiological and nuclear (CBRN) Centres of Excellence – Fourth Phase.	(1) To extend existing activities (management contracts with JRC) till the end of 2014 [€5 million], (2) to extend the existing Regional Secretariats managed by UNICRI until the end of 2014 [€1 million] and (3) to improve national CBRN policies through the implementation of concrete actions in the areas of export control of dual use goods, illicit trafficking of CBRN materials, bio-safety and bio-security, engagement of scientists [€30.2 million].	JRC UNICRI Consortia (EU MS)	EUR 36.8 million	01/2013- 12/2014